

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

## Aus dem Inhalt:

Eine Ansprache  
des Präsidenten  
an die Jugend

Die Klage in der  
Zündholz-Affäre überreicht

Deutsch-tschechische  
Diskussion in Budweis

Kampf im völkischen  
Gewerkschaftslager

18. Jahrgang

Sonntag, 16. Jänner 1938

Nr. 13

## Noch ein Memorandum zur Halifax-Reise?

Weshalb Eden den Urlaub unterbricht

London. Wie der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ erfährt, wird sich Außenminister Eden nach seiner Rückkehr nach London in den nächsten Tagen mit der Konzipierung eines Memorandum befassen, in welchem der britische Standpunkt zu den Anregungen dargelegt werden soll, die während der Beratungen zwischen Lord Halifax und Reichskanzler Hitler ausgesprochen wurden. Es verlautet ferner, daß auch Vorschläge ausgearbeitet werden dürften, die gleichzeitig einer europäischen Versöhnung dienen sollen.

Das erwähnte Memorandum hätte ursprünglich in Genf gemeinsam mit dem französischen Außenminister Delbos ausgearbeitet werden sollen. Nun wird es im britischen Außenamt niedergefchrieben werden, aber vor seiner Abendung wird es noch gemeinsam mit dem französischen Außenministerium durchgegangen werden.

## Faschistenverhaftungen in Madrid

Madrid. Die Madrider Polizei verhaftete 153 Mitglieder einer faschistischen Organisation. Die Faschistenführer wurden in einem Hause überrascht, in dem sie regelmäßige Versammlungen abhielten.

## Stojadinović in Berlin

Berlin. Der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinović traf Samstag mit seiner Gattin im Sonderzug in Berlin ein, wo er auf dem Anhalter Bahnhof von Göring, Freiherrn von Neurath und fünf weiteren Reichsministern, dem Staatsminister Reichner und dem Reichspressesekretär Dietrich begrüßt wurde. Auch der tschechoslowakische Gesandte war anwesend. Vor dem Bahnhof war eine Ehrenkompanie des Göring'schen Fliegerregimentes aufgestellt. Während der Fahrt zum Hotel „Adlon“ brachte die spaliervbildende Bevölkerung dem Gast Ovationen dar. Später stattete Stojadinović dem Ministerpräsidenten Göring einen Besuch ab und begab sich dann zum Reichsaußenminister von Neurath.

## Französischer Kriegshafen im östlichen Mittelmeer?

Haifa. Frankreich beabsichtigt nach gewissen Informationen einen Kriegshafen an der Libanon-Küste auszubauen. Der Vorsitzende der Libanon-Regierung ist nach Paris abgereist, um an den Beratungen teilzunehmen, in welchem über die Wahl eines geeigneten Ortes für den Kriegshafen entschieden werden wird, der nach der Verfestigung des britischen Hafens von Haifa eine weitere Festung im östlichen Mittelmeer sein wird.

Haifa. Die irakische Gesellschaft für die Gewinnung von Naphtha baut entlang der zweiten Naphthalenleitung von Bagdad nach Haifa eine Straße. Der Bau wurde bei Mossul begonnen. Diese neue Straße hat ebenso wie die Straße von Haifa nach Kairo für England eine außergewöhnliche strategische Bedeutung.

## Sozialistischer Stadtratspräsident in New York

Die „Veteran Club“ meldet, ist zum Vorsitzenden des aus 26 Mitgliedern bestehenden New Yorker Stadtrates der Sozialist Charney S. Lauder, der Direktor des Tagblattes „Daily Worker“, gewählt worden. Der Gewählte, für den 14 Stimmen abgegeben wurden, ist der Führer einer Gruppe von fünf Sozialistischen Arbeiterpartei gewählt wurden. Die Wahl Lauder ist ein bedeutender Erfolg der jungen amerikanischen Arbeiterpartei.

## Neuer USA-Protest

Washington. Das Staatsdepartement gibt bekannt, daß der amerikanische Konsul in Hanko bei der dortigen japanischen Wertschätzung wegen fortgesetztes Einbringen japanischer Soldaten in amerikanische Gebäude Protest eingelegt hat.

## Kabinett zur Rettung des Franc

Kühle Stellungnahme der Sozialisten zu Bonnet

Paris. Der vom Präsidenten der französischen Republik mit der Bildung der Regierung betraute bisherige Finanzminister Bonnet hatte den ganzen Samstag über Besprechungen mit führenden Politikern der Volksfront-Parteien. Die parlamentarische Fraktion der Radikalsocialisten hatte noch am Freitag abends eine Beratung, deren Ergebnis eine Entschließung war, in der erklärt wird, daß die Partei der Volksfront treu bleibe und die gleiche Ergebnisse auch von den anderen Angehörigen der Volksfront habe. Aber sie versteht unter der Treue der anderen, daß sie der Bildung der Regierung Bonnet zustimmen, während die Sozialisten sich darauf berufen, daß sie die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Volksfront sind, weshalb sie den Ministerpräsidenten für sich beanspruchen dürfen.

Dafür spricht vor allem ein entscheidender politischer Grund: in der gegebenen Situation, die schärfste Bekämpfung der Verschwörungen der

Mentionäre erfordert, keine Rechtsentwicklung zuzulassen. Fraglich, wie diese Notwendigkeit mit der nicht minder wichtigen politischen Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Volksfront in Einklang zu bringen ist!

Bonnet beharrt darauf, daß im Hinblick auf den Ernst der finanzpolitischen Situation und der Notwendigkeit der Verteidigung des Franc im neuen Kabinett die finanzielle Frage vor allen übrigen Problemen den Vorrang haben müsse. Seine Mission bezeichnete er als einen Versuch zur Bildung eines „Kabinetts zur Rettung des Franc“.

Bonnet behauptete, von seinen politischen Gesprächen einen günstigen Eindruck gewonnen zu haben und erklärte, er hoffe, noch am Samstag das neue Kabinett definitiv zusammenstellen zu können. Für den Fall, daß die Sozialisten die Übernahme von Portefeuilles ablehnen, sollen sie um die Unterstützung eines rein radikal-sozialistischen Kabinetts ersucht werden.

## Das Außenministerium Léon Blum angeboten

Nach 10 Uhr Pariser Zeit stattete Georges Bonnet dem Präsidenten der Republik den zweiten Besuch ab, bei dem er ihm mitteilte, daß er die ihm Freitag abends übertragene Aufgabe der Regierungsbildung definitiv annehme.

Vorher erstattete Bonnet ein ausführliches Referat über seine politischen Gespräche in der gemeinsamen Sitzung des Radikalen Kammer- und Senats-Klubs unter Teilnahme des radikalen Parteipräsidenten. Die Sitzung, der Daladier präsierte, sprach Bonnet das Vertrauen aus und wünschte ihm eine erfolgreiche Erfüllung seiner Mission. In der Sitzung wurde die Ansicht ausgesprochen, daß der Regierungsvorbehalt der radikalen Partei zustande. Den Sozialisten werden mehrere wichtige Portefeuilles, u. a. das Außenministerium angeboten werden. Abends kursierten Gerüchte, daß Bonnet diesen Sitz Léon Blum anbieten wolle.

In der Sitzung der Parteien und Organisationen der Volksfront wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Fortdauer und Fortführung der Regierung und der Politik der Volksfront ausdrückt. Eine Delegation der radikalen Partei erklärte, daß ihre Partei eine feste Anhängerin der Währungsfreiheit bleibe, und sprach sich gegen die Einführung der Devisenkontrolle aus.

## An den Sozialisten gescheitert?

Bei Blattschluß wird bekannt, daß die Sozialisten beschlossen haben, ein Kabinett Bonnet nicht zu unterstützen und auch nicht zu tolerieren. Man erwartet deshalb das Scheitern Bonnetts und eine Vertrauensfrage.

## Japanische Ueberraschungen zur See

Die größten Schlachtschiffe der Welt im Bau

London. „Daily Telegraph“ meldet, daß Japan augenblicklich Schlachtschiffe auf Kiel lege, die die größten der Welt sein werden. Zwei dieser Schiffe, die eine Verdrängung von je 43.000 Tonnen hätten, seien bereits im Vorjahr auf Kiel gelegt worden, zwei weitere würden demnächst in Bau gegeben. Außerdem habe angeblich Japan kürzlich auch 10.000-Tonnen-Kreuzer auf Kiel gelegt, die mit achtzölligen Geschützen besetzt seien.

## Tokio deckt seine Karten auf?

Tokio. Das japanische Kabinett hat beschlossen, Sonntag vormittags eine Erklärung zu veröffentlichen, in welcher die Politik Japans gegenüber China abgesteckt werden wird.

In politischen Kreisen vermutet man, daß Japan entschlossen sein dürfte, den Krieg mit verschärften Mitteln fortzuführen.

## Ein Harakiri-Messer für Eden

Tokio. Auf der britischen Botschaft in Tokio kam es Samstag zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall. Ein rechtsradikaler japanischer Schriftsteller erschien auf der Botschaft und überreichte dem Botschafter als „Geschenk“ für den britischen Außenminister Eden einen ungefähr 30 Zentimeter langen Dolch, wie er zur Verübung des „Harakiri“ üblich ist. Er sagte hinzu, daß das seine persönliche Antwort an Eden sei. Der Besucher wurde von der Polizei abgeführt. Später suchte man die Angelegenheit als ein „Missverständnis“ hinzustellen. Es herrscht aber kein Zweifel, daß der Besucher beabsichtigte, Eden wegen seiner japanfeindlichen Politik Harakiri nachzulegen.

## Russische Zahlungen an Italien eingestellt

Weil die Italiener alle Lieferungen schuldig bleiben

Moskau. Da italienische Firmen und Institutionen einseitig Zahlungen an Sowjetorganisationen für verschiedene Handelsoperationen einstellten und Befürchtungen bestehen, daß derartige Zahlungseinstellungen sich auch fernerhin wiederholen, und da ferner von der italienischen Regierung keine Antwort auf eine entsprechende Note der Sowjetregierung eingegangen ist, hat die Sowjetregierung beschlossen, die Handelsvertretung der UdSSR in Italien und die Wirtschaftsorganisationen der UdSSR anzuweisen, Zahlungen bereits bestehender bzw. erst entstehender Verbindlichkeiten gegenüber italienischen Institutionen und Firmen bis auf weiteres in der Staatsbank der UdSSR auf besondere Obliga-

tions-Konten zu leisten und keinerlei Ueberweisungen von Zahlungen aus diesen Konten vorzunehmen.

Diesu berichten die Blätter, im Laufe des letzten Jahres hätten einige italienische Institutionen und Firmen einseitig und eigenmächtig Zahlungen für gelieferte Waren eingestellt. So habe z. B. das italienische Unternehmen in Italien nicht bezahlt; trotz wiederholten Urganzen von Seite der Sowjetregierung die Zahlung. Ebenso gehe eine der größten italienischen Firmen vor. Außerdem seien auch sowjetrussische Schiffe in italienischen Häfen zurückgehalten worden, wodurch das Abkommen betreffend das Staatseigentum verletzt worden sei.

## Das Kardinalproblem unseres Staates

Von Dr. Hubert Ripka

Freitag, den 12. Jänner, veranfaltete der tschechisch-deutsche Klub in Budweis einen Vortragsabend, bei dem auch der Redakteur der „Lidové Noviny“ Dr. Hubert Ripka als Redner neben dem Abgeordneten Wenzel Raska sprechen sollte. Infolge Erkrankung war es Dr. Ripka nicht möglich, in Budweis zu erscheinen, und er richtete deshalb an den Klub einen Brief, in dem er seinen Standpunkt zum deutsch-tschechischen Problem darlegte. Ripkas Gedankengang ist so bemerkenswert, daß wir es für nötig halten, ihn unseren Lesern in deutscher Uebersetzung vorzulegen:

Da ich mich nicht an Ihrem Abend beteiligen kann, sei mir erlaubt, wenigstens im Kürze die Gedanken anzuführen, welche ich vor Ihnen ausführlich darlegen wollte. Ich wiederhole mir immer wieder, was wir alle so vielmals vom Präsidenten-Befreier gehört haben, daß nämlich die nationale Frage das Kardinalproblem unseres Staates ist. Die Entwicklung der letzten Jahre hat deutlich geoffenbart, wie sehr Masaryk recht hatte. Aber gleichzeitig hatten wir genug Gelegenheit, uns anschaulich davon zu überzeugen, daß wir uns hätten von dem seit Beginn Masaryks Ratsschlägen und Winken in den nationalen Dingen entsprechend verhalten, viele Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten erspart hätten, welche wir heute beiseitigen und welche wir nicht immer leicht überwinden. Trotzdem ist zum Glück nichts geschehen, was es unmöglich machen würde, mit Erfolg und mit fester Ueberzeugung vom schließlichen Gelingen an die Lösung der großen Aufgaben zu schreiten, welche das nationale Problem der Republik auferlegt. Wir alle können große Stärkung daraus schöpfen, daß unser einzigartig energischer Präsident Venes mit Ausdauer und Emigalität, welche für seine ganze Tätigkeit charakteristisch sind, dahin arbeitet, daß man tatsächlich zu friedlichem Zusammenleben und wirkungsvoller Zusammenarbeit aller Völker der Republik und vor allem der Tschechoslowaken und Deutschen gelangt. Wir können sicher sein, daß die Aufgabe, welche sich Präsident Venes gesetzt hat, in der Tat erfüllt werden wird.

Es wäre tatsächlich das Zeugnis politischer Unfähigkeit, wenn wir das nationale Problem nicht zur Zufriedenheit zu lösen imstande wären. Wir sind dazu nicht nur durch unsere erhabene nationale Tradition, die erfüllt ist von ständigem Streben nach Freiheit, Recht und Gerechtigkeit, verpflichtet, sondern auch im Hinblick auf das eigene Interesse unseres Volkes und unseres Staates. Werden wir uns im Verhältnis zu den anderssprachigen Nationen nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit richten, dann werden wir den inneren Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit der Republik ungewöhnlich stärken, ohne irgendwie unsere eigene Stellung zu schwächen. Wir sind stark genug, um ohne Befürchtung um die eigene Stärke und Macht den anderssprachigen Völkern das gewähren zu können, was ihnen rechtmäßig gebührt. Ein selbstbewusstes Volk, welches an sich selbst nicht zweifelt, braucht niemals zu fürchten, daß es einen Nachteil erleidet, wenn es mit einem anderen Volk als gleiches mit gleichem auf Grund der für alle geltenden Gerechtigkeit verhandelt.

Im übrigen ist eine gerechte Nationalitätenpolitik nicht nur ein unentbehrlicher Faktor für die innere Befestigung der Republik, sondern gleichzeitig die unvermeidliche Voraussetzung einer erfolgreichen Außenpolitik. Wir müssen begreifen, daß sich die Nachbarstaaten immer für das Schicksal ihrer nationalen Stammesbrüder, die als Minderheiten in unserem Staate leben, interessieren werden. Und weil wir wünschen, mit unseren Nachbarn in freundschaftlichem Einvernehmen zu leben, müssen wir auch gegenüber den nationalen Minderheiten so vorgehen, daß wir nicht Anlaß zu berechtigten Beschwerden gegen unsere Minderheitenpolitik geben. Ich betone, daß ich nur von den tatsächlich berechtigten Beschwerden rede. Niemals werden wir anerkennen, daß sich wer immer von außenher in unsere Minderheitenpolitik einmische und die hiesigen Minderheiten für seine eigenen Ziele mißbrauche, die in der Regel gar nichts gemeinsames mit der wirklichen Sorge um das Schicksal dieser Minderheiten zu tun haben. Auch das müssen wir in Sinne haben, daß nur eine gerechte Nationalitätenpolitik uns die Sym-



pathen der großen westlichen Demokratien, an denen und doch in jedem Fall gelegen sein muß, erhalten kann.

In der gegebenen Situation ist es eine Staatsnotwendigkeit, daß die vorjährige Vereinbarung der Regierung mit den deutschen Aktivisten, welche am 18. Feber abgeschlossen wurde, folgerichtig und loyal durchgeführt werde. Jeder vernünftige Mensch wird einsehen, daß es nicht möglich ist, die aus dieser Vereinbarung erfließenden Folgen mit einem Schläge durchzuführen. Und in dieser Hinsicht können wir von den deutschen demokratischen Aktivisten verlangen, daß sie die Schwierigkeiten begreifen, auf die man in der Praxis notwen-

man mit ihr erst dann diskutieren, wenn sie sich von ihrer ganzen bisherigen Tätigkeit, die in sichtbarem Widerspruch zu den Staatsinteressen dieses Landes steht, völlig ablehrt, und sich nicht nur äußerlich, sondern aus ehrlicher Ueberzeugung in eine wirklich demokratische Partei verwandelt. Vorläufig kann man nicht bemerken, daß sich diese Partei so entwickeln wollte und deswegen ist es nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich, wenn der Eindruck hervorgerufen wird, daß es doch möglich wäre, mit ihr zu verhandeln. Ich sage offen, daß es in jedem Falle ungebührlich, unehelich und für den Staat schädlich wäre, wenn von unserer Seite die deutschen Demokraten verlassen würden, denen wir nicht vergessen dürfen, daß sie nicht nur durch äußere lokale Kundgebungen ihre Treue für die Republik bezeugt haben, sondern durch anspornende tapfere Arbeit, die in den Verhältnissen, in denen wir leben, sehr schwierig war und ist. Gerade in diesem Falle muß Treue für Treue gelten!

Ich glaube fest, daß wir das nationale Problem der Republik glücklich und zufriedenstellend lösen, wenn wir uns in allen Konsequenzen von der Politik Masaryks und Benes' leiten lassen werden. Es ist dies die Politik der Schöpferischen Demokratie, eine europäische, synthetische Politik, welche von den ewigen Idealen einer gerechten Menschlichkeit inspiriert ist, von Idealen, welche mit gleicher Innigkeit die besten Geister der tschechoslowakischen und der deutschen Nation sowie aller übrigen Nationen ausgezeichnet haben und auszeichnen.

### Ein Verleumdungsfeldzug gegen Bechyně zusammengebrochen

Vor den Wahlen des Jahres 1935 hatte die "Tribüne-Press" in unerhörter Weise den Eisenbahnminister Bechyně und seinen Sohn Jdenek verleumdet. Da wurde der ärgste Tratsch über einen Gutskauf Jdeneks Bechynés und die angeblichen Begünstigungen, die ihm sein Vater dabei verschafft habe, wiedergegeben und Schauer Geschichten darüber erzählt, wie ihm die Eisenbahn einen eigenen "Milchzug" für den Transport der Milch von seinem Gut zu den Abnehmern zur Verfügung stelle, die Milch in der Stadt durch eigene Autos verteilen lasse usw. Mit einem Wort, es sollte der Eindruck erweckt werden, daß der Eisenbahnminister das ihm unterstellte Unternehmen dazu mißbrauche, um seinem Sohn persönliche Vorteile zu verschaffen.

Nach den Wahlen wollten dann die Verleumder die Sache durch eine Ehrenklärung aus der Welt schaffen. Die Verleumdungen gingen darauf jedoch nicht ein und erzwangen eine umfassende Klarstellung der Angelegenheit durch das unabhängige Gericht. Die klagenden Blätter zogen den Prozeß durch immer neue Weisungsanträge durch zweieinhalb Jahre hin. Ihre Verteidigung brach jedoch vollkommen zusammen, da es sich einwandfrei herausstellte, daß Jdenek Bechyně, der die ordentliche Vorbildung für die Bewirtschaftung seines Gutes besitzt, dieses auf ganz einwandfreie Weise ohne Protektion oder Intervention erworben hat und ihm auch bei der Kreditbeschaffung keine wie immer gearteten Begünstigungen gewährt wurden, die nicht auch jeder andere hätte erhalten können. Bei der Benützung eines Motorzuges zum Transporte der Milch handelte es sich nicht um ein Geschäft Bechynés, sondern vielmehr um ein Geschäft der Bahn, die ein Interesse daran hatte, den Transport an sich zu ziehen, und die selbstredend auch die normalen Fracht- und Zustellungsgebühren erhielt.

Schon am 13. Dezember v. J. war deshalb der verantwortliche Redakteur des "Polebni List" voll schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 1000 Kč verurteilt worden. Am Samstag wurde nun auch der verantwortliche Redakteur des "Redelni List", der noch im letzten Moment eine aufergerichtliche Beilegung verjucht und sich zur Zahlung eines größeren Sühnebetrages bereit erklärt hatte, verurteilt, da ihm wieder der Wahrheitsbeweis noch war. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdungen und auf das Fehlen erleichternder Umstände verhängte das Gericht über ihn eine unbedingte, nicht in eine Geldstrafe umwandelbare Straf von 3000 Kč. Am Samstag wurde nun auch der verantwortliche Redakteur des "Redelni List", der noch im letzten Moment eine aufergerichtliche Beilegung verjucht und sich zur Zahlung eines größeren Sühnebetrages bereit erklärt hatte, verurteilt, da ihm wieder der Wahrheitsbeweis noch war. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdungen und auf das Fehlen erleichternder Umstände verhängte das Gericht über ihn eine unbedingte, nicht in eine Geldstrafe umwandelbare Straf von 3000 Kč. Am Samstag wurde nun auch der verantwortliche Redakteur des "Redelni List", der noch im letzten Moment eine aufergerichtliche Beilegung verjucht und sich zur Zahlung eines größeren Sühnebetrages bereit erklärt hatte, verurteilt, da ihm wieder der Wahrheitsbeweis noch war. Mit Rücksicht auf die Schwere der Verleumdungen und auf das Fehlen erleichternder Umstände verhängte das Gericht über ihn eine unbedingte, nicht in eine Geldstrafe umwandelbare Straf von 3000 Kč.

### Ein Rechtsblatt gegen Beran

An der Polemik gegen die Neujahrskundgebung Berans beteiligt sich auch die Wochenschrift "Fronta", was deswegen bemerkenswert ist, weil es sich hier um ein ausgesprochenes Blatt der Rechten handelt. Das Blatt schreibt u. a.: In England mehren sich ständig die Stimmen, daß Großbritannien durch seine Politik zur Gefahr der deutschen Gleichschaltung Mitteleuropas beigetragen hat. Und gerade da auch schon England die Augen öffnet, kam die Kundgebung des Abgeordneten Beran, welche dafür zeugt, daß unser Politiker entweder nicht sieht, was man schon in England zu sehen beginnt oder daß er davor die Augen schließt. . . Im Sinne Svejkas sucht

die gegenwärtige Regierung seit der Präsidentenwahl fortzuschreiten. Es geht sich dies sehr deutlich in den scharfen Kundgebungen Dobras und Krotias gegen die Denlein-Politik im Parlament. . . So wie der Kundgebung Berans erfolgte, ist sie als Durchkreuzung des Regierungsplanes, also auch der Aktion vom 18. Feber anzusehen.

Zum Schluß sagt das Blatt, daß Berans Politik die Fortsetzung der Politik Branhs sei.

Der Präsident der Republik empfing am Samstag den Gesandten in Paris Dr. Ojůš, weiters den Univeritätsprofessor Dr. Helfert aus aus Brünn und schließlich den Redakteur Roderich Menzel aus Prag.

### Die antijüdischen Maßnahmen in Rumänien

Das angekündigte Dekret, wonach jüdische Haushalte keine nichtjüdischen Haushalte beschäftigen dürfen, ist nun im rumänischen Amtsblatt veröffentlicht worden. Diese Kopie des deutschen Vorbildes durfte aber in den Zeitungen nicht veröffentlicht werden. Aber: alle Juden müssen sich darnach richten!

Dem Auslande wird — denn man will doch noch als zivilisiert gelten, auch wenn man sich den Faschisten zugesellt hat — vorgeredet, daß es sich "nur" um eine Ueberprüfung der Staatsbürgerschaft der Juden, keineswegs aber um Drangsalierungen oder Existenzgefährdungen handelt. Die Tatsachen widerlegen die Worte der rumänischen Regierung. Arbeitsminister Guza hat angeordnet, daß die jüdischen Ärzte aus dem Verband der Arbeiterkrankenkassen und sonstigen dem Ministerium unterstehenden Wohlfahrtsanstalten entlassen und durch Rumänen ersetzt werden. — Lizenzen für Monopole siehe werden nur noch an rasseneine Rumänen vergeben. — Und wo ist für die begünstigten Razi die Gewähr, daß die Deutschen zu den rasseneinen Rumänen gerechnet werden? Und: kommt es nicht auch ihnen ein wenig lächerlich vor, wenn Rumänen, die noch viel mischblütiger sind als die Deutschen, von Rassenreinheit reden?

### Ungarn nicht mehr unter Völkerbundkontrolle

Budapest. Die bereits gemeldeten Weisungen zwischen der ungarischen Regierung und dem Finanzkomitee des Völkerbundes über die Befreiung Ungarns von der Völkerbundkontrolle sind zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Sicherem Vernehmen nach wird die Aufhebung der Völkerbundkontrolle vom Völkerbundrat anlässlich seiner bevorstehenden Tagung mit Wirksamkeit vom 1. März d. J. verkündet werden.

### Mißbrauch des akademischen Bodens

Wien. In Wien wurden fünf Nationalsozialisten, hauptsächlich Hochschüler, zu 2 bis 6 Monaten Kerker verurteilt, weil sie unter Leitung eines gewissen Gerlich eine sogenannte "Hilfsschule der 3. Brigade" zu organisieren versucht und zu diesem Zweck auf dem Boden der Universität Versammlungen und militärische Übungen veranstaltet haben.

## Die geistige Grundlage unserer Demokratie ist der Mensch

Eine Ansprache des Präsidenten Dr. Benes an die Jugend

Samstag vormittags besuchte Staatspräsident Dr. Benes das Akademische Haus in Prag, wo er vom Primator Dr. Jenkl, dem Vorsitzenden des Akademischen Hauses Professor Dr. A. J. S. J. S. J., den Ministern Bechyně, Dr. C. Z. C. Z., Dr. D. E. D. E. und Außenminister Dr. Krotias, den Direktoren und akademischen Würdenträgern empfangen wurde. Auf die Begrüßungsansprache Professor A. J. S. J. S. J., der ihm die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft mitteilte, antwortete Präsident Dr. Benes mit einer Ansprache, in der er erneut seinen Glauben an die Demokratie bekante und die Aufgaben der Jugend bei der Gestaltung der Zukunft skizzierte.

Präsident Dr. Benes verglich die politischen und sozialen Umwälzungen seit 1914 in ihrer historischen Tragweite mit dem Untergang des Kaiserreiches, den Religionskriegen oder der französischen Revolution. Die Liquidation solcher Umstände könne in zwanzig Jahren nicht beendet sein, das ganze Leben der jetzt heranwachsenden Generation werde von ihr ausgefüllt sein. Deshalb dürfe man die Ereignisse nicht bloß vom Standpunkte der Tagespolitik aus beurteilen, sondern müsse sich bemühen, die Ereignisse, vor denen wir stehen, in ihrer Physiognomie und Entwicklung während der ganzen längeren Zeitperiode zu sehen. "Wir wollen Ruhe und Besonnenheit bewahren und von uns selbst keine heftigen Erwartungen haben. Wir werden skeptischer sein und uns von Augenblicksereignissen nicht täuschen lassen. Wir müssen ein großer Wille ausstrahlen, an diesen Wänden sich die Brandung des Weltsturms täglich bricht."

Den Studenten rief der Präsident zu: "Seien Sie äußerst kritisch und vorsichtig gegen all das, was Ihnen in der heutigen zerrütteten Welt von links und rechts als messianische Theorien in den Weg kommt. Die geistige Grundlage unserer Demokratie ist der Mensch, das Individuum in seiner Menschlichkeit, nicht die Partei, nicht die Klasse und auch keineswegs nur das Volk; das heißt: kein Kollektivum. Ich bin gegen jede Totalität im sozialen Geschehen, in der Wirtschaft und in der Politik. Unsere Demokratie beruht auf der Philosophie der reinen Humanität. Deshalb ist sie so real und so fest bei uns verankert."

Dr. Benes forderte würdevoll und ehrlich Verhandeln, Anerkennung der Rechte des andern, Respekt vor seiner Meinung. "Die Vorkämpfer der Demokratie", erklärte der Präsident, "übersteigen so sehr ihre Schwächen, daß sie das Beste ist, was uns als Patengeschenk vor zwanzig Jahren in die Wiege gelegt werden konnte. Sie ist die Garantie dafür, daß wir alle diese europäischen Leiden in unserem Organismus nicht werden durchmachen müssen." — Nachdem der Präsident noch erklärt hatte: "Wir lassen uns nichts Fremdes aufnötigen, wir mischen uns nicht in die Angelegenheiten unserer Nachbarn ein, wollen aber auch nicht, daß sich andere in unsere Angelegenheiten mischen", schloß er seine Ansprache mit einem optimistischen Ausblick auf das Gelingen des Werkes des Friedens und der Verherrlichung seines Glaubens an die gute Entwicklung von Staat und Volk, weil er an die junge Generation glaube.

## DIE KOLONNE AM KREUZWEG

ERZÄHLUNG VON MARIE MAJEROVA

Begehre nicht, das Leben eines Hirten zu führen, wenn du zum Jäger geschaffen bist. Denn sonst wirst dein Tun in Widerstreit geraten mit deinem Beruf, und wenn du auch beim besten Willen niemanden verletzen wolltest, wird es dir ergehen wie dem Vater Kothout, der einige Lehrer auf dem Gevierten hatte. Es war ihm auferlegt worden, einen Schafstall zu betreuen, er aber fand mehr Gefallen an der Wolfsjagd. Es gibt Triebe, die sich nicht unterdrücken lassen; immer wieder quellen sie über die Außenwände des Charakters hinaus wie ein Ball über den Wasserspiegel.

Und so geschah es, daß der Lehrer Kadetabel aufs Pfaster geriet. In einem andern Pfarrsprengel hätte er trotz seiner Fortschrittlichkeit grau und pensionsberechtigt werden können; zuweilen kommen bei einem Krügel Bier die ärgsten politischen Widersacher einander näher. Aber Kadetabel hatte stets nur Recht gehabt, und deshalb mußte er in eine Gemeinde geraten, wo der Kothout regierte, der nicht beim veröhnenden Bier verharrete, sondern unablässig nach den Feinden der Kirche auf der Lauer war.

Damals hatte der Lehrer bereits zwei Anaben, und kurze Zeit nach seiner Ueberführung in die Wohnung mit den roten Dielen in der Küche und dem Bretterfußboden in der Stube kam sein dritter Junge auf die Welt. Die Lehrersfrau, selber blutarm und gebrechlich, schob täglich den Kinderwagen längs der Mauer des Pfarrgartens, die nach Süden geleht stand, so daß es dort auch an unwirtlichen Tagen warm und still war. Dort

begegnete sie häufig dem Pfarrer, und sie war bemüht, die Spannung zwischen ihrem Mann und dem Priester durch ehrfurchtsvolles Grüßen zu mildern; freilich erniedrigte sie sich niemals so, daß sie dem Kothout die Hand geküßt hätte, wie es die Volkswesten taten. Doch ein Mensch guten Willens konnte aus ihren demütigen Augen herauslesen, wie sehr sie den Frieden herbeisehnte, damit ihr Restchen vor dem Verderben bewahrt bleibe. Kothout dankte allerdings wohlwollend für den Gruß, blieb jedoch niemals stehen, um dem blondhaarigen Lodenlopf zugulächeln; und der war doch der Abgott aller heiratsfähigen Mädchen, in denen Mutterinstinkte wach wurden, wenn sie den süßen Anblick erblickten. Er hätte wahrlich der Engel des Friedens sein können.

Es sollte jedoch nicht Frieden sein zwischen der freitbaren Kirche und dem Lehrer, dessen Kinder kein Taufwasser beneht hatte und dessen ältester Sohn nicht in die Religionsstunde ging. Der hellhaarige kleine Kamill hatte deswegen einen schweren Stand in der Schule, denn der Direktor, der Klassenleiter in der 2a war, fühlte sich als feste Stütze der Dynastie und der Gesellschaftsordnung. Abweichungen in der Art des Kadetabel empfand er als Ueberspanntheiten, und er stellte sich an die Seite des freitbaren Pfarrers.

Wenn vor Beginn der Religionsstunde Kamill aus der Schule ging, begleitete er ihn stets mit einer Bemerkung, damit die ganze Klasse auf das Angehörliche solchen Benehmens aufmerksam gemacht wurde, und jedesmal verwendete er Worte, die den Jungen aus der althergebrachten Tagesordnung ausließen. Dies wurde zu einer Plage für den Kleinen, der, wie alle Kinder sich davor fürchtete, anders auszufehen als die übrigen Mitschüler. Der kleine Kamill litt und wäre am liebsten in der Religionsstunde geblieben, hätte er nur nach eigenem Gutdünken handeln dürfen.

Die Feindschaft vervielfältigte sich, als Kamill schulpflichtig wurde und gleichfalls, weil er ton-

feSSIONSLOS war, in die Religionsstunde nicht eingeschrieben wurde. In dieser Zeit schob Frau Kadetabel bereits keinen Kinderwagen die Pfarrmauer entlang, sondern führte den Kleinen Kammill schon an der Hand. Die Kinder Schritte hemmten sie freilich, so daß der Pfarrer rechtzeitig ausweichen konnte, sobald er sie von ferne erblickte. Wohl lobte der Kampf abseits von ihrer Person, aber sie verpörrte seine ungehämte Festigkeit, und es betrückte sie, daß sie so schwach war. Sie hätte ihm selber die Seiten bieten mögen, es dünkte sie feigherzig, den Mann allein kämpfen zu lassen, und es bedrückte ihren Sinn, daß sie ihm mit drei stillen, verschüchternen, unbewussten Jungen zur Last war.

Sie pflegte sich zu sagen: "Weshalb sollen gerade wir streiten, die wir so friedliebend sind, und bloß Ruhe, hellen Frohsinn, freundliches Blau über unser Wachstum wünschen? Weshalb soll just ich Widerpart eines Kämpfers sein, die ich geschaffen bin, mich einem Stärkeren anzuschmiegen und ihn liebzuhaben?"

"Derr Pfarrer, riefen ihre Augen über die Gasse, wenn sie die Waffen kreuzen wollen, finden Sie jemanden, der Ihnen ebenbürtig ist. . . denn mein zahmes Männchen vermag ja gar nicht, ihre Kampfeslust zufriedenzustellen. Einen verheirateten Spähen nennt man ihn, und Sie gelistet es, sich mit ihm zu balgen?"

Aber der Pfarrer leuchtete auf dem andern Gehsteig und die rote Kurze seines geweihten Zornes fluiete mit ihm in feindseliger Ablehnung. Wenn der Pfarrer dem Kadetabel in der Schule begegnete, wichen sie so weit voneinander zurück, daß ohne weiteres ein Feuerstoß zwischen ihnen hätte brennen können. Dieser böse Zustand durfte keineswegs anhalten; die Jugend soll von vorbildlichen, untereinander einigen, bürgerlich unantastbaren Erziehern geleitet werden. Es liefen Beschwörungen beim Schulrat ein, dann noch höher hinauf und dort ganz oben brach eine Lawine von Disziplinäruntersuchungen, Klagen, Ver-

weisen los, bis alles in der unausweichlichen Entlassung endete.

In Kadetabels schwächlichem Körper schlummerte der Geist eines Helden, der Clan des tapferen Schneidereins, das den Wächterdrachen überwältigte, und so mußte die Lehrersfamilie bald überjodeln, ohne daß sich Kadetabel eine Gelegenheit geboten hätte, seinem Feind all die patriotischen Sätze aus den Polemiken entgegenzurufen, die er während der Zeit ihres gemeinsamen Wirkens insgeheim geführt und für ein letztes dramatisches Aufeinandertreffen aufbewahrt hatte, für ein Treffen, in dem der Pfarrer als Inquisitor erscheinen würde und Kadetabel als Franzesco Ferrer.

In Wahrheit jedoch verlief der Abschied von der Schule dermaßen nüchtern, daß Kadetabel durchaus unbefriedigt fortging mit dem Gefühl, der ganzen Welt Ungerechtigkeiten als Würde mitzuschleppen. Das Attenstück wurde ihm amtlich ins Haus zugestellt und gleichzeitig brachte ihm der Schuldner alle seine Sachen in einem Weirucksack gestopft; er selber hatte nichts anderes zu tun, als den Empfang des Geldes zu bestätigen, das ihm von dem Boten überbracht worden war. Hiermit wurde ihm desgleichen zwischen den Zeilen aber unwillkürlich zu verstehen gegeben, daß er in der Schule bereits nichts mehr zu suchen habe. Kadetabel schluckte alle Bitterkeit hinunter, und begann insgeheim sich eben mit dem zu beschäftigen, wozu er verurteilt worden war. Er fühlte sich gedächelt, aber er betrachtete es nicht als Schande. Das Selbstvertrauen, das ihm seine athetistische Weltanschauung verliehen hatte, sehte er in das stolze Bewußtsein um, nunmehr den Proletariern zuzugehören, und bei der nächsten Freidenkerversammlung sprach er es laut aus. Hierfür erntete er begeisterten Beifall, so daß er außer sich vor Freude heimkehrte.

(Fortsetzung folgt.)



# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Die SdP als „Sprungbrett zum Marxismus“

Ein nicht unerfreuliches Lamento deutscher Landbändler

„Das junge Landvolk“ in Saag, eine zweiwöchentliche Schrift der WdL-Jugend, beginnt in ihrer zweiten Jänner-Folge einen „Am Sprungbrett zum Marxismus“ überschriebenen Aufsatz mit folgenden Bemerkungen:

„Eine überaus traurige Erscheinung ist die Tatsache, daß der Marxismus in unseren sudetendeutschen Gauen wieder an Raum gewinnt. Wirt sich auch heute der Marxismus im sudetendeutschen Lager nicht in seiner ganzen Schärfe aus, ... so ist die Tatsache seines Fortdringens doch ein sehr bedenkliches Warnungszeichen am Wege zur Volksgemeinschaft. ... Gerade dies ist die Tragik der SdP, ihr sind wohl die Massen innerhalb weniger Monate zugestiegen, aber nicht aus einem inneren Zwang, aus Überzeugung, sondern in der Erwartung, daß ihr hartes Los gemildert werde. Vor allem aus diesem Grunde gibt es allertwegen viele Enttäuschte und solche, die aus ihrer verlorenen Gesinnung kein Hehl machen und wiederum dem Marxismus fröhnen.“

„Das junge Landvolk“ wandelt dann seine hier wiedergegebenen Erwägungen noch mehrmals ab und macht für diese „traurige Gegebenheit“ des Abmarzches Enttäuschter zum Marxismus die schlechte Erziehungsarbeit der Massen durch die SdP und insbesondere durch den „Kameradschaftsbund“ als Ursache verantwortlich. Und mit schmerzlichen Klagen über die Tatsache, daß „der Marxismus im Kurs steigt“ vom „Jungen Landvolk“ unterstrichen durch die Aufzählung einer langen Reihe von sozialistischen Werten, die ...

Erfolgen in dieser Zeitunternehmung, Resultaten, die das „Junge Landvolk“ eben als Beweis dafür ansieht, daß die „SdP das Sprungbrett zum Marxismus bilde“.

Wir freuen uns aufrichtig darüber, daß das Wiedererwachen der sozialistischen Bewegung von Landbäuclern so unumwunden zugegeben wird und natürlich haben sie mit der Behauptung völlig recht, daß die Enttäuschung der Massen durch die „Volksgemeinschaft“ das Steigen des „marxistischen Kurzes“ beschleunigt. Unsere Freude über diese Erkenntnisse und Feststellungen der Landbändler wird auch durch ihren wiederholten Hinweis darauf, daß es sich hier um eine „traurige Erscheinung“ handle, keineswegs getrübt. Wir fragen uns nur, was die Landbändler in dieser Hinsicht eigentlich wollen. Wäre es ihnen lieber, die Entwicklung der Geisteshaltung der Menschen in unserem Industriegebiet verlief so, daß die SdP nicht verlore, ja allenfalls noch an Boden gewänne? Hielten die Landbändler solche Entwicklung als günstig für den Aktivismus? Das „Junge Landvolk“ irrt sehr, wenn es der Meinung Ausdruck gibt, „das Bauerntum werde von dieser Entwicklung nicht berührt“; denn unverändertes Gewicht der SdP in Städten und Industrie-Gemeinden würde doch noch weiter und viel mehr als bisher auch auf den Landbund drücken, dessen Wiederaufstieg mitabhängig ist von der Gesamtentwicklung im sudetendeutschen Gebiet! Darum wäre es vernünftiger, die Landbändler für eine Zeit, trotz ihres bürgerlichen Herzens, über den Wieder-Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie, der aber erfreulicherweise wieder vom Schmerz der Landbändler unabhängig ist.

## Deutsch-tschechische Diskussion in Budweis

Ein erfolgreicher Vortragsabend

Die südböhmische Kreisstadt Budweis hatte bis zum Umsturz eine deutsche Verwaltung. Nach dem Kriege setzte sich die tschechische Bevölkerungsmehrheit durch. Die Deutschen sanken unter die Grenze von 20 Prozent, so daß nach außen hin die alte Zweisprachigkeit der Stadt verloren ging. Nunmehr dürften sich unter den 44.000 Einwohnern noch 8000 bis 7000 Deutsche befinden, die immerhin ein wirtschaftlich und kulturell sehr reges Element darstellen. Nach wie vor ist Budweis der geographische und kulturelle Mittelpunkt jener rund 150.000 südböhmischen Deutschen, die zum Budweiser Wahlkreis gehören.

An diesem alten Versöhnungspunkt der beiden böhmischen Landesvölker setzte vor einiger Zeit eine rege nationale Annäherungsarbeit ein. Aus einem kleinen Kreis Gutgesinnter entstand ein tschechisch-deutscher Klub, der in beiden nationalen Lagern viel Sympathien erweckte und in vorbildlicher Harmonie eine sehr verdienstvolle Tätigkeit entfaltet.

Für Freitag abends veranstaltete der Klub im großen Saal der Bieda einen Doppelvortrag Tschechisch über

Probleme der nationalen Verständigung.

Der durch Krankheit verhinderte Mediziner Dr. Kipla brachte seine erfreulich positiven Auffassungen in einem Entschuldigungsschreiben zum Ausdruck, über dessen Inhalt wir an anderer Stelle referieren. An seiner Stelle war als tschechischer Referent Herr Dr. Procházka aus Prag erschienen. Der Vortragsabend selbst erfreute sich eines überraschend guten Besuchs. Es waren über 700 Personen erschienen, darunter der Bürgermeister von Budweis, Abgeordneter Dr. Reumann. Neben den Anhängern der drei sozialistischen Parteien waren auch die Lehrkörper der Budweiser Schulen, das Offizierskorps, die Geistlichkeit und die freien Berufe zahlreich vertreten. Nach den herzlichsten Eröffnungsworten der Vorsitzenden Baničel (tschechisch) und Professor Schwarz (deutsch) sprach zuerst Herr Dr. Procházka, welcher den Standpunkt eines demokratischen Tschechen zum Nationalitätenproblem entwickelte und die Bedeutung der deutschen aktivistischen Arbeit würdigte.

Nach diesem beifällig aufgenommenen Referat kam

Genosse Jaskš

zu Wort, der in dreiviertelstündiger Rede das Streben des deutschen Aktivismus nach Herstellung der nationalen Gleichberechtigung mit den Methoden einer humanistischen Demokratie vertrat. Unser Redner ging von der These aus, daß die großen gemeinsamen Interessen der Sudetendeutschen und Tschechen (Erhaltung des Friedens und der Demokratie, Sicherung unserer europäischen und weltwirtschaftlichen Position) die nationalpolitischen Differenzen an Bedeutung überwiegen. In der Erörterung der ungelösten nationalen Probleme (Sprachenfrage, Arbeitsplatz, Nationalstaat oder übernationaler Staatsbegriff) wandte sich Genosse Jaskš dagegen, daß ein übertriebener Sifos-

rismus das deutsch-tschechische Problem verdunkle.

Nicht um die Verdienste der Toten gilt es zu streiten, sondern das Recht der Lebenden müsse respektiert werden.

Jedes Volk stehe vor der Aufgabe, eine Formulierung seiner Lebensinteressen zu finden, welche mit dem Lebensrecht der Nachbarvölker in Einklang ist. Gerade auf mitteleuropäischem Boden sei eine absolute Schicksalsgemeinschaft der benachbarten Nationen gegeben. Gleichberechtigung des Wohlstandes oder des Verfalles stehe zur Wahl. Durch Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen müssen wir ein neues Zeitalter der europäischen Zusammenarbeit vorbereiten.

Die Ausführungen des Genossen Jaskš wurden mit reichem Beifall quittiert. Die beiden Vorsitzenden konnten in ihren abschließenden Worten einen vollen Erfolg der Veranstaltung feststellen. Der Budweiser Vortragsabend hat den Beweis geliefert, daß sich die verbindenden Kräfte beider Völker nicht länger in den Hintergrund drängen lassen dürfen, wenn durch eine solche offene Aussprache nicht mehr erzielt wird, als die Schaffung einer freundschaftlicheren Atmosphäre in einer zweisprachigen Stadt, und eine Aufmunterung aller Gutgesinnten, so ist damit schon viel getan.

## Die Schutzverbände sind kein Freiwild!

Unter diesem Titel schreibt „Das junge Landvolk“ (Organ Gustav Hader): Gewisse politische Kreise oder besser gesagt, berufstätige politische Klänge glauben darauf ein Anrecht zu haben, die Schutzverbände zum Tummelplatz ihrer politischen Machtgelüste zu machen. Die Art, in der sie mit den Schutzverbänden umgehen, ist einfach beschämend. Allerhand Vorfälle kennzeichnen die Methoden jenes politischen Klüngels, die derart vollschädigend sind, daß wir uns verpflichtet fühlen, sie hier anzuprangern. So fühlen sich bestimmte Kreise, die auf Grund ihrer Handlungsweise dem Kameradschaftsbund nicht fern stehen können, als berufen, die Wahlen in die Schutzverbände zu beeinflussen, in dem sie „verlässliche“ Leute als Amtswähler vorschleichen. In Wirklichkeit sind es Strohmannen ohne eigene Meinung, willenlose, dem Kameradschaftsbund gefügige Gesöpfe. Unsere Schutzverbände treiben durch derlei Manipulationen, in deren Mittelpunkt u. a. dem „Ausbruch“ nach eine Frau Habela Pome von der Kreisstelle WdM-Leipa der SdP steht, in ein gefährliches Fahrwasser und müssen es unter diesen Umständen alle Anständigen als ihre Ehrenpflicht betrachten, die Schutzverbände vor der neuerlich heraufbeschworenen Gefahr des Mißbrauchs zu bewahren. (M.D.)

## Die Klage in der Zündholz-Affäre überreicht

Wir haben uns vor kurzem bereits mit der von „Zeit“ und „Rundschau“ entsefelten und genährten Zündholz-Affäre beschäftigt und den völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen

der Genlein-Presse die Mitteilung des wahren, völlig harmlosen Sachverhaltes gegenübergestellt. Und gleichzeitig teilten wir mit, daß gegen die betreffenden Blätter der Klageweg beschritten werden wird. Nichtsdestoweniger fährt die „Rundschau“ in ihrer dieswöchigen Ausgabe mit ihren „Enthüllungen“ fort. Dazu stellen wir fest, daß die oben erwähnte Klage bereits überreicht ist.

Mit derselben Angelegenheit beschäftigt sich nun auch der Nachrichtendienst der Deutschen Jugendfürsorge, der gestern der Presse folgende Mitteilung zustellte:

In den verschiedenen, sich widersprechenden Zeitungsnachrichten zur „Zündholzaffäre“ teilt der Pressedienst der Deutschen Jugendfürsorge in Böhmen mit, daß ihr bisher von der Solo A.G., Prag, kein Angebot auf Beteiligung an einer Streichhölzeraktion zugegangen ist. Sie hat lediglich von privater Seite die Mitteilung erhalten, daß von der Solo A.G. ein diesbezügliches Angebot an den Reichsverband für deutsche Jugendfürsorge in Erwägung gezogen wurde.

Für die Deutsche Jugendfürsorge in Böhmen ergibt sich deshalb auch keine Notwendigkeit, zu

## Ein Schnupfen dauert 9 Tage,

sagt man. Welch eine unangenehme Zeit! Sie sind mühsam und verdrossen. Ihre Tagesarbeit leidet unter Ihrer körperlichen Indisposition. Deshalb empfinden Sie die Nachteile dieser Erkrankung noch viel länger, auch dann, wenn Sie keine schlimmen Folgen hatte. Setzen Sie sich solchen Unannehmlichkeiten nicht aus

## Für Ihre Gesundheit

ist Abhärtung geboten durch regelmäßige Körpermassage mit

# ALPA

Franzbranntwein.

Achten Sie beim Einkaufe darauf, daß Sie wirklich Alpa bekommen!

den verschiedenen Kombinationen, die in den Zeitungen austauschen, irgendeine Stellung nehmen zu müssen.

Wenn bei einer Stelle die Absicht besteht, der Deutschen Jugendfürsorge eine zusätzliche Einnahme zu schaffen, werden wir solche Angebote dankbar begrüßen und prüfen. Ein bezüglicher Vorschlag bedarf dann keiner Einschaltung außerhalb unserer Organisation stehender Mittelspersonen und jede verfolgte Nebenabsicht wird uns so aufmerksamer den Schutz unserer Interessen verletzten lassen.

Bemerkenswert an diesem Kommuniqué ist dessen letzter Satz. Es wird geprüft werden müssen, ob für seine Konzeption die Funktionäre der Landeskommission der Deutschen Jugendfürsorge die Verantwortung tragen wollen.

## Schwerer Eisgang auf der Eger

Zwei Brücken weggerissen

Das Tauwetter und die Niederschläge der letzten Tage haben das Eis auf der Eger, das sich bei Raaben festgesetzt hatte, in Bewegung gebracht. Die Bezirksbehörde in Raaben verständigte von dieser Tatsache sofort die Saager Bezirksbehörde und von dort aus wurden dann die an der Eger liegenden Gemeinden aufmerksam gemacht. Da die Eger im Saager und Pöfelberger Gebiet nahezu eisfrei war, hatte man keine sonderlichen Besorgungen. Am Donnerstag abend traf der erste Eisstoß ein; das Wasser der Eger stieg sofort um anderthalb Meter, die Eisschollen trugen die Brücke in Raabi an fast vollständig ab. Bis Mittwochabend betrug die Hebung des Wasserspiegels etwa zwei Meter.

Bei Salusitz hatte sich das Eis neuerlich angestaut. Ein wichtiger Stoß setzte es in Bewegung und unter ungeheurem Getöse setzten sich die Schollen in Gang. Von diesen in Bewegung befindlichen Eismassen wurde auch die Graubischitzbrücke weggerissen. Nun sind die Eismassen im Flußgebiet bei Postelberg angestaut, doch hat das Wasser Abfluhmöglichkeiten, so daß die ernstesten Gefahren beseitigt sind.

## Was die Woche brachte



Die Verbindung Wien—Berlin Der Anschluß geht einmal wieder nicht in Ordnung



Geht Gajda in Konkurs? Ausverkauf in schwarzen Hemden zur Weißen Woche



Kapital gegen Volkswohl Auch bei den französischen Verschwörern stand der dahinter, der immer dahinter steht



Die Frage des Tages: Wie finanziert man Auslandsreisen ohne Nationalbank-Bewilligung?

Die Bezirksbehörde teilt in einer Rundmachung die angerichteten Schäden mit und gibt Anweisungen für die Umfahrt, die notwendig wurde, um den durch den Abbruch der Brücken unterbrochenen Verkehr aufrecht zu erhalten.

## Politische Verhaftungen in Bodenbach

Im Laufe des Freitag wurden, wie wir in Erfahrung brachten, von der Staatspolizei in Bodenbach mehrere Personen, unter ihnen eine Beamtin einer bekannten Expeditionsfirma wegen politischer Vergehen in Haft genommen. Nähere Einzelheiten konnten wir trotz Anfragen nicht erhalten, woraus zu schließen ist, daß weitere Erhebungen noch im Zuge sind. Die Verhafteten gruppieren sich durchwegs um die SdP.

## Bergarbeiter-Entlassungen

Die Betriebsleitung des Bohanerschachtes in Brüx, welcher der Agrarbank gehört, hat 22 Bergarbeiter gekündigt. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß durch Einstellung neuer maschineller Einrichtungen 22 Arbeiter überflüssig seien. Diese Maßnahme zeigt, daß die Nationalisierung immer noch nicht abgeschlossen ist und daß durch sie noch immer arbeitende Menschen brotlos gemacht werden.

## Der Kinderschutzmonat erfolgreich

Für den Kinderschutzmonat 1937 hatte die Deutsche Jugendfürsorge in Böhmen die Weisung ausgegeben, durch erhöhte Arbeit aller Untergliederungen erstmalig eine Million als Erträgnis des Sammelmonates zu erreichen. Dieses Ziel wurde nun tatsächlich nicht nur erreicht, sondern sogar etwas überschritten. Damit ist der Deutschen Jugendfürsorge die Erfüllung ihrer vielseitigen Tätigkeit für das Jahr 1938 erleichtert, wenn auch dieser Mehrbetrag nicht ausreicht, die vielen dringenden Erfordernisse befriedigend erfüllen zu können. Der gesteigerte Betrag ist nicht nur ein erfreulicher Erfolg im Ausbau der Organisation, sondern auch der Beweis der anerkanntenen Wertung der bisherigen Tätigkeit durch die gesamte Öffentlichkeit. Die Deutsche Jugendfürsorge dankt allen ihren Freunden herzlich für ihren Beitrag zur Ausgestaltung unseres Jugendfürsorgeverlezes.

Der 2000. Besucher. Die kleine Naturfreundebaude im Brdhwald konnte zu Silvester und Neujahr den 2000. Besucher aufnehmen. Die Baude besteht seit Herbst 1935, hat 20 ordentliche Natratzenlager, Herd und eigene Wiese.

## Japanische Splone gestellt

Saag. Ein Torpedobootzerstörer aus der Eskadre in Holländisch-Indien hat drei japanische Motorboote japanischer Fischer in den Territorialgewässern von Tiow angehalten. Da die Schiffe nicht die vorgeschriebenen Ausweise führten, mußten sich alle 30 Besatzungsmitglieder an Land begeben, wo sie einer strengen Kontrolle unterzogen wurden.



# Ein Brief aus Schanghai

## Trotz großen Siegen: Japan hat sich in vielem verrechnet Englands großes Spiel hat noch nicht begonnen

Von einem Freunde wird uns folgender Brief eines in Schanghai lebenden Deutschen zur Verfügung gestellt. Der Brief ging Mitte Dezember ab.

Nach den aufregenden Wochen, die hinter uns allen liegen, komme ich heute erst mal wieder dazu, Ihnen in etwas Ruhe über die Lage auf dem Kampffeldplatz „Jernost“ zu berichten. Wir stehen unmittelbar vor dem Fall Nanking und damit vor dem ersten Abschnitt der hiesigen Entwicklung. Die Regierung Chinas hat sich schon vor einigen Tagen ins Hinterland zurückgezogen, gefolgt ist der Marschall Chiang gefolgt. In Nanking stehen zwar noch 300.000 chinesische Truppen, von denen aber nur 100.000 zu den regulären Regierungstruppen gehören. Schon brennt die Hauptstadt an einigen Stellen, und wenn die Anzeichen nicht trügen, wird auch Nanking ein Raub der Flammen werden. In Tokio bereitet man schon gigantische Siegesfeiern vor.

Aber, wenn nun dieses Siegesgeflüster verhallt — was dann? Wenn die Verantwortlichen in Tokio und anderswo sich nach dem Fall von Nanking die Mühe machen werden, die Bilanz des bisherigen Geschehens zu ziehen, dann wird in den Freudentaumel mehr als ein Vermutungstropfen fallen. Gewiß, die Japaner haben die Nordprovinzen, d. h. sie sind in den Nordprovinzen auf den großen Einfallsstraßen mit ihren motorisierten Divisionen vorgezogen. Von einer Durchsetzung und praktischen Beherrschung kann aber noch keine Rede sein. Deshalb konnten die japanischen Militärbefehlshaber es auch noch nicht wagen, irgendwo sogenannte „autonome“ Regierungen einzuführen. Wenn sie es tun, dann werden diese „Regierungen“ auch nur soweit und solange arbeiten, als sie unter dem Schutz der japanischen Bajonette stehen. Und hier in Mitteleuropa hat man den Raum um Schanghai und hat in ein paar Stunden oder ein paar Tagen auch den Raum um Nanking. Damit aber hat man praktisch nichts oder doch zunächst noch nichts. Denn anstatt die Vorstädte Schanghais und das Gebiet zwischen Schanghai und Nanking den Japanern als Beute für ihre Soldateska zu überlassen, haben die rückstehenden Chinesen alles, aber auch alles niedergebrannt und den Japanern keinen Haalm und Strauch gelassen. Und wenn sie klug beraten sind, werden sie es in Nanking auch so machen.

Nur könnte man meinen, es sei doch sinnlos von den Chinesen gewesen, überhaupt so lange hier im Jiangse-Delta zu kämpfen und Hunderttausende für einen schließlich doch erfolglosen Widerstand zu opfern. Das ist jedoch nicht richtig. Zunächst war es psychologisch unadäquat, den chinesischen Massen jedenfalls für den Anfang den nationalen Impuls eines einflussreichen und hellenweise geradezu heldenhaften Widerstandes zu geben. Wenn überhaupt, so kann nur dieser Widerstand und die Opfer der vergangenen Monate dem chinesischen Volk die Größe der Aufgabe und die Notwendigkeit eines weiteren Durchhaltens vor Augen führen. Aber abgesehen hiervon hat die chinesische Armee auch eine nicht zu unterschätzende praktische Aufgabe vollzogen: den Vormarsch der Japaner bis in den Winter aufzuhalten.

Dann aber und damit stehen die Japaner militärisch vor dem toten Punkt und politisch vor einer nicht berechneten Gefahrenlage. Ob nun die japanische Regierung einen Durchbruch über den Raum von Nanking hinaus von vornherein in Erwägung gestellt hat oder nicht, so wird doch nichts anderes übrig bleiben, als sich zu einem solchen zu entschließen. Denn Arisaka führen ist immer sehr micklig, wenn kein Feind da ist. Ohne Rücksicht auf die enormen finanziellen Opfer eines solchen Schrittes wird eben gar nichts anderes übrig bleiben, als dem „Feind“ ins Innere zu folgen. Das kann aber nicht vor dem nächsten Frühjahr geschehen. Denn in diesen Tagen sinkt auf dem Jiangse wie auf den anderen chinesischen Flüssen der Wasserstand 10 bis 15 Meter, so daß die japanische Flotte, ohne die eine solche Operation überhaupt nicht durchführbar ist, nicht einmal bis Nanlow, dem chinesischen Industriezentrum, vordringen konnte. Das bedeutet also nicht mehr und nicht weniger als Erstarrung der Front, als Winterruhe auf den Trümmern von Nanking, eine Winterruhe, die sehr langweilig, aber noch kostspieliger werden dürfte. Eine Winterruhe aber vor allem, die die ursprüngliche Zielsetzung des Ueberraschungserfolges gänzlich in Frage stellt, und was wichtiger ist, und verhängnisvoll werden kann, in die politische Gefahrenzone des nächsten Frühjahrs hinübergreift.

Japan hat sich bei seinem Angriff gegen China in fast allem verrechnet, womit es sich verrechnen konnte. In der Widerstandskraft Chinas, in dem erforderlichen Zeitraum, in Englands Haltung und nicht zuletzt in der Zuverlässigkeit der Freundschaft Hitlers. Wenn man hier politisch unvoreingenommene Zeitgenossen über Englands Haltung im gegenwärtigen Konflikt sprechen hört, gewinnt man den Eindruck, als ob tatsächlich England auf dem völligen Rückzug begriffen sei. Kein Wunder, daß ein solcher Eindruck entstehen muß: Der britische Vorkämpfer wird zum Krüppel geschossen, englische Soldaten und Zivilpersonen werden getötet, englische

Dampfer und sogar Kriegsschiffe werden bombardiert, japanische Staatsmänner und Generale sprechen über Großbritannien in aller Öffentlichkeit mit Spott und Hohn, die Presse höhelt in nicht wiederzugebender Weise. Und England antwortet mit lahmten Protesten, auf die es keine oder nur arrogante Antworten erhält, während die englische offiziöse Presse hier unentwegt an dem Begriff der „traditionellen“ englisch-japanischen Freundschaft festhält. Wer sich hierdurch täuschen ließe, müßte seinen Armut eines Tages teuer bezahlen. Das ganze Geheimnis der gegenwärtigen Haltung Englands liegt eben in der einfachen Tatsache, daß England noch nicht fertig ist, wie es die offiziöse „United Press“ aus London vorgestern zum ersten Male mit schöner Offenheit bekannte: weil entscheidende Maßnahmen bis zur Verwirklichung der Frühjahrs zurückgestellt werden müßten. Und da läßt man sich eben in London nicht vor-

# Tagesneuigkeiten

## Patrioten

Wie schön ist der Sinn dieses Wortes, und wie haben ihn jene verfaßt, die sich Patrioten nennen! Patriotismus — das heißt Vaterlandsliebe, und Patrioten müßten sonach „Vaterlandsliebende“ sein. Und die sich so nennen, die sich selber Patrioten heißen, tun ja auch so, als wären sie das: Vaterlandsliebende. Aber von größerer, innigerer als gewöhnlicher Zuneigung zu dem Lande, in dem man lebt, kündet das Wort Patriotismus! Von einer das Eigenwohl dem Gesamtwohl, den persönlichen Nutzen dem des Vaterlandes unterordnenden, von einer sich opfernden Liebe!

Die Sozialisten haben das Wort nie geliebt. Sie wußten, wie sehr die Beherrscher der Staaten, die Schichten der Reichen und Mächtigen, ihre Interessen, ihre engen Ständes- und Klasseninteressen denen des Staates gleichsetzen, wie gern sie alles, was diesen ihren Besitz- und Herrschaftsinteressen widerspricht, als unpatriotisch, als vaterlandsfeindlich bezeichnen. Forderten die Arbeiter in der Vorkriegszeit mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit, politische Rechte, so waren sie — Vaterlandsfeinde, gegen die die Herrschenden im Namen des Patriotismus ihre Soldatenteile, ihre Polizisten, auch ihre Zeitungsschreiber losschickten.

Aber was für Kerle sind erst die „Patrioten“ von heute! Bedingungslos dem Interesse des Vaterlandes sich unterordnen? Welcher der nationalen Patrioten dachte daran! Haben nicht — ach, es ist in einer schnell und gern vergessenen Zeit leider fast vergessen — die Nationalsozialisten, ehe Hitler in die Macht gesetzt wurde, erklärt, für das „System“, für das demokratische Deutschland nicht einzutreten, es nicht gegen äußere Feinde zu verteidigen? O, aber sie waren Patrioten! — Und wie oft haben die „Patrioten“ in Frankreich und in Belgien die Währung ihres Landes torpediert und hunderttausende Volksgenossen und das Vaterland schwer geschädigt, weil sie dadurch Linkeregierungen treffen konnten? Aber: sie waren Patrioten! Die spanischen Generale haben das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt, haben die Städte der Heimat zerstört, das Land verwüstet, viele zehntausende Volksgenossen in den Tod getrieben, und Fremde, die Deutschen und die Italiener, zu wirklichen Herren des Landes gemacht. Aber sie sind die Patrioten — die Republikaner aber, die die Verfassung, die Freiheit der Staatsbürger und die Unabhängigkeit des Landes von fremden Mächten verteidigten, das sind die „Verräter“, die „Vaterlandsfeinde“.

Die französischen Rechten haben Waffen angekauft, um das Land in einen Bürgerkrieg treiben zu können. Sie haben Bombenattentate und Morde verüben lassen. Aber — sie sind die Patrioten! Und allmählich lernen wir verstehen, was heute ein Patriot ist: einer, der das persönliche Interesse dem Staatsinteresse voranstellt, das Vaterland zu seinen persönlichen Zwecken mißbraucht, und jeden, der uneigennützig Liebe zum Lande fähig ist, beschimpft und womöglich beseitigt.

Das Wort hat eine immer üblere Bedeutung bekommen. Wir wollen nicht, wollen nie von Patriotismus sprechen, wenn wir von der selbstverständlichen Liebe zu Volk und Land sprechen. Denn wir, die Arbeitsmenschen, wir wollen nicht in den Verdacht kommen, Patrioten zu sein von der Art jener, die sich Patrioten nennen.

In schwerer Seesnot. Nach einem aufgefangenen SOS-Ruf befindet sich der griechische Fracht-Dampfer „Alpaia“ etwa 1000 Meilen östlich der Kapbarteres (Nordkarolinen) in schwerster Seesnot. Der Rufspruch besagt, daß das Wasser bereits in den Maschinenraum eingedrungen sei, und daß der schwere Seegang die Kommandobrücke mit dem ersten Offizier und einem Matrosen fortgerissen habe.

Das fahrbare Lazarett rollt an. Wie bereits berichtet, hat die demokratische Spanienshilfe der amerikanischen Ärzte ein auf vier Rädern montiertes, vollkommenes und höchst mo-

delig in die Karten gucken oder sich gar das Gesetz des Handelns von anderen aufzwingen. Die Japaner können sich unter Umständen noch eine ganze Menge hier gegen die Briten leisten, ohne daß diese auch nur mit der Wimper zucken. Bekommen sie aber nicht bis zum Frühjahr 1938 ihre Ernte in die Scheuern, dann haben sie verpielt — oder das ganz große Spiel fängt dann an. Und das hat man in Berlin oder Berchtesgaden auch gemerkt und Lord Halifax hat dort das Entsprechende eröffnet. Man will nämlich gar nicht mehr so recht von der ganzen japanischen Exkursion wissen, im Gegenteil, der deutsche Volkshafter bemüht sich seit einiger Zeit, General Chiang doch für einen annehmbaren, d. h. allenfalls noch für die Japaner annehmbaren Frieden weiszumachen, ohne rechten Erfolg. Und in Tokio ist man über diese deutschen Vermittlungsversuche, in denen man nichts als einen Potentienfall Englands sieht, sehr, sehr verärgert. Nebenfalls deutet alles darauf hin, daß es tatsächlich England gelingt, Deutschland zunächst an die Kette zu legen, womit dann Hitler allerdings für sich in Anspruch nehmen kann, Wilhelm II. in der Kunst, Freund und Feind in gleicher Weise zu verärgern, übertroufen zu haben.

bernes Lazarett für die spanische Volksarmee angeschafft. Es ist jetzt in Le Havre zur allgemeinen Besichtigung ausgestellt, wird dann auch in Rouen und Paris zu sehen sein und darauf nach Spanien fahren. Der Wagenzug samt Einrichtung hat einen Wert von über einer Million Francs.

Das Flüchtlingsproblem. Der Leiter des Internationalen Ransen-Komitees, Michael Ransen, sprach gestern über den Standpunkt des Rölkerbundes zum Flüchtlingsproblem. Da das Mandat des Ransen-Amtes mit Ende dieses Jahres zu Ende geht, habe die Rölkerbundesversammlung den Rat ersucht, einen Plan für die weitere Flüchtlingsfürsorge auszuarbeiten. Es sei bisher noch nicht entschieden, ob dies im Rahmen des Rölkerbundes erfolgen wird. Ransen erklärte weiters, daß das Amt die Angelegenheiten von etwa 600.000 Flüchtlingen betreue, darunter sind etwa 10.000 Deutsche.

Der Sultan von Konstantinopel. Nach den großen Ueberschwemmungen in Südpalästina wurde zu den dort lebenden Beduinenstämmen eine Regierungskommission entsandt, die ihnen Lebensmittel und Kleidungsstücke brachte. Nachdem die Kommission einen der größten Stämme bereist hatte, trat dessen Häuptling, ein alter Scheich, hervor und dankte der Kommission mit folgenden Worten: „Bis Ihr nach Konstantinopel zurückkehrt, berichtet dem Sultan, daß dies die größte Katastrophe war, die uns je betroffen hat.“ Die Beduinen in Palästina wissen nach vierzig Jahren noch nicht, daß sie unter englischer Verwaltung leben.

Postwertsteuern. (AP) Die Franco-spanische Postverwaltung hat eine Postkarte herausgegeben, die untereinander die Bilder Hitlers, Francos und Mussolinis bringt. Unter den Bildern steht „Heil Hitler!“ „Viva Espana“ und „Viva Italia“, der postalische Text ist deutsch, spanisch und italienisch. Der Völkische Beobachter veröffentlichte am (29. Dezember) ein Foto dieser Ergebnissbezeugung des spanischen Postwertgenerals an seine Auftraggeber. — Die Postkarte ist offensichtlich als Feldpostkarte der deutschen und italienischen „Freiwilligen“ gedacht. Ob sie bereits als Beweis der Nichtemischung der Diktatoren dem Londoner Nichtemischungsausschuß zugefandt wurde, ist nicht bekannt.

Frankreichs Einwohnerzahl. Die Generalstatistik von Frankreich veröffentlichte am Donnerstag die französischen Bevölkerungsziffern auf Grund der Ergebnisse der letzten Zählung vom 8. Dezember 1936. Demnach hat Frankreich insgesamt 41.558.118 Einwohner, was gegenüber dem Jahre 1931 eine Zunahme von etwa 81.000 bedeutet.

Die amtlichen Ziehungslisten über die am 1. und 2. Februar d. J. stattfindende Ziehung der staatlichen Paulose werden von der Direktion der Staatsschuld in Prag III., Malostranské nám. 2, ausgegeben und können bei derselben gegen Einzahlung von 1 Kč per Stük und 20 Heller Porto (Drucksache) durch die Post bezogen werden. Dorselbst sind zu demselben Preise auch die Ziehungslisten der vorigen Ziehungen sowie auch die neue Restantenliste Nr. 14 (für die Jahre 1922—1937) zum Preise von 3 Kč und 50 Heller Porto zu bekommen. Die Bestellungen können bereits jetzt erfolgen. — Der Betrag kann mit „Bianco-Erlaßschein“, welcher bei jedem Postamt um 5 Heller erhältlich ist, eingekauft werden. Auf dem Erlaßschein ist die Kontonummer 37792/62, sowie die Bestellung kurz anzuführen.

Eine Zone von Regenschauern, die an der Vorderseite einer tiefen Störung über der Nordsee gegen das Festland fortzweigt, gelangte Samstag nach-

## Mitteilungen aus dem Publikum.

Sie können nicht an Grippe erkranken, wenn Sie rechtzeitig den Alpa-Transbranntwein verwenden. Zum Mundauspülen und Gurgeln: Einige Tropfen ins Wasser genügen. Alpa desinfiziert die Atmungsorgane und erfrischt angenehm. In Waggons: Alpa-Mischungen stärken den Körper und härten ihn ab. Sie machen den Organismus gegen Ansteckung und Verflüchtigung widerstandsfähiger. Tragen Sie Ihren Arzt! Können Sie daher beim Einkaufe darauf, daß Sie wirklich Alpa bekommen.

## Zwei Morde und 37 Einbruchsdiebstähle durch Zigeuner

Im Saazer Land trieb die Zigeunerbande Bernhard Zintl lange Zeit ihr Unwesen. Ihr Weg ist gekennzeichnet durch eine Kette von Einbrüchen, und einige der Bande haben bereits hinter Schloß und Riegel, weil man sie des Mordes an dem Wirtschaftsbefitzer S o w o r t a aus Lust dringend verdächtigt.

Bei den Nachforschungen über diesen Fall stieß die Prager Fahndungsabteilung auf die Spur eines anderen Mordes, der vor etwa 16 Jahren verübt wurde. Der Ermordete soll angeblich in einem Bade verhaftet worden sein. Eine der verhafteten Zigeunerinnen bezeichnete auch den Ort, an dem der Leichnam vergraben ist. Nähere Einzelheiten werden im Interesse der weiteren Untersuchung noch veröffentlicht.

Anzuweisen wurden auch die Zigeuner Albert und Franz Zintl verhaftet, denen eine Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle nachgewiesen werden konnten, bei denen sie insgesamt Sachen im Werte von mehr als 50.000 Kč erbeuteten. Diese Einbrüche gehen mitunter auf Jahre zurück und wurden größtenteils im Saazer Land verübt.

Teilweise haben die Verhafteten die Einbruchsdiebstähle bereits zugestanden, doch leugnen sie in anderen Fällen noch hartnäckig. Vor allem in der Mordsache wollen sie sich zu keinem Geständnis bequemen, obwohl das Beweismaterial erdrückend ist.

mittags bis zum Rhein und dürfte in der Nacht auf Sonntag das Gebiet der Republik erreichen. Man rechnet dabei mit einer Auffrischung des Windes auf Sturmstärke; die Temperaturen dürften vorerst etwas ansteigen. Später ist erneut mit einem Temperaturrückgang zu rechnen. — W a h r s c h e i n l i c h e s W e t t e r v o n h e u t e : In den böhmischen Ländern vom Westen her weitere Beschlechterung des Wetters, Regenfälle, Auffrischen des Westwindes, bis auf Sturmstärke, Temperaturen in den Niederungen um 5 Grad. Auch auf den Bergen vorübergehendes leichtes Tauwetter nicht ausgeschlossen. — Weiterausichten für M o n t a g : Noch unbeständig mit Schauern, etwas kühler.

## Vom Rundfunk

### Empfehlenswertes aus dem Programm

Montag  
Frage I: 10.05 Deutsche Presse, 11.35 Kompositionen von Rabel, 18.10 Deutsche Sendung: zehn Minuten Lachen, 18.20 Rundfunkwunderüberblick, 18.30 Dr. Remens: Kunstwerke in der Bibl., 18.45 Deutsche Presse, 20.10 Chorconcert aus Pilsen, 21.25 Spöhr: Konett. — Frage II: 11.00 Sinfonisches Konzert, 14.20 Deutsche Sendung: Frauen, Liebe und Ehe, Rundtrape auf Schallplatten mit Antworten, 14.55 Deutsche Presse, — Brunn: 15.15 Rundfunkchorconcert: Tomášek, Schubert usw., 17.40 Deutsche Sendung: Dr. Reichel: Bücherneheiten aus der Musikwissenschaft, — Breßburg: 22.30 Tanzmusik, — Kalka: 19.15 Leichte Musik, — Wagners: 12.35 Rundfunkchorconcert, 17.55 Deutsche Arbeiterendung: Wilhelm Kienzl: Leo H. Wolf.

Dienstag  
Frage I: 10.05 Deutsche Presse, 10.15 Deutsche Sendung: Rür die Frau, 11.05 Rundfunk für Deutsche Schulen, höhere Stufen, 14.00 Deutsche Sendung: Dr. Eimer: Aus dem tschechoslowakischen Kulturleben, 17.30 Kanádek: 1. Geigenquartett, 18.10 Deutsche Sendung: Soloquartett des Barnsdorfer Männergesangsvereines musiziert, 18.45 Deutsche Presse, 18.55 Aus dem deutschen Kulturleben, 19.30 Aus dem Nationaltheater: Sarfa, von Fibich. — Frage II: 11.00 Schallplatten, 14.30 Deutsche Sendung: Dr. Ribora: Mit der Kamera auf den Eisausflug, 14.35 Schallplatten, 14.55 Deutsche Presse, 18.00 Populäres Schallplattenconcert, 21.00 Uebersetzung aus Berlin: Internationales Austauschconcert: Mozart, Schubert, — Brunn: 17.40 Deutsche Arbeiterendung: Kalka: Der Angefallene und die Steuern, — Breßburg: 15.15 Rundfunkchorconcert, 16.10 Leichte Musik, 17.30 Violoncello-Solos, 20.05 Sinfonisches Konzert: Bach, Mozart, Verdi, Lohen, — Kalka: 12.05 Opernszenen, — Währsch: 12.35 Rundfunkchorconcert: Delibes, Godard usw., 18.10 Deutsche Sendung: Landwirtschaft.

## Die Prager Weltspiele im Eishockey

Vom 12. bis 20. Februar werden im Prager Winterstadion die Europa- und Weltmeisterschaften im Eishockey durchgeführt. Bis gestern, dem letzten Tag der ersten Meldungen, werden es im ganzen 14 Nationen sein, welche teilnehmen, und zwar: Amerika, Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Kanada, Lettland, Norwegen, Polen, Schweiz, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn. Fraglich ist zur Zeit die Teilnahme Deutschlands, obwohl sein Team schon seit längerer Zeit sich im Trainingslager befindet. Der Tschechoslowakische Verband für kanadisches Hockey hat den Anmeldetermin bis 25. Jänner verlängert und rechnet mit der nachträglichen Meldung Deutschlands. Das Turnier würde dann von 15 Nationen bestritten werden. Die Eintrittspreise für diese Weltspiele betragen bei den Auswärtsbeispielen nachmittags 8 bis 20, abends 8 bis 25 Kč; bei den Schlußspielen nachmittags 10 bis 85 und abends 12 bis 45 Kč. Das Stadion, welches sich jetzt mit gedeckten Zuschauertribünen repräsentiert, wird während der Zeit der Spiele noch durch eine Tribüne vor dem Ausbaugebiet erweitert werden, so daß 10.000 bis 12.000 Zuschauer die einzelnen Kämpfe jeweils verfolgen können.

Subburr Wolbes, Kanadas Vertreter bei den Prager Eishockey-Weltspielen, ist schon in Europa und trau bereits zwei Spiele aus. Das erste ging in Düsseldorf vor sich, wo die Kanadier 3:0 gewannen, während das zweite Match in Vorn stattfand und sie mit 5:2 einer Vorn-Räucher Kombination besiegten. Am 20. und 28. Jänner und am 1. Februar traten die Kanadier Freundschaftsspiele in Prag aus.



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Volksgemeinschaft oder freie Gewerkschaft? Kampf im völkischen Gewerkschaftslager

Durch einen Angriff der „Rundschau“ und Sozialisten in der „Wirtschaft“ gelangt in die Öffentlichkeit der Kampf zweier Volksgemeinschaftsgruppen, der sich an der Spitze der Volksgemeinschaft im Betrieb des Großindustriellen Willy Weber in Schaffhausen entspannt hat.

Der Machtkampf der Gruppen, die auf der einen Seite von Weber, auf der anderen Seite von der Leitenden Deutschen Arbeitnehmergewerkschaft repräsentiert werden, leidet sich in das Gewand grundsätzlicher Auseinandersetzungen über das Wesen einer Volksgemeinschaft. Das Objekt sind die Arbeiter, um welche zwei völkische Gruppen streiten. Um sie zu gewinnen, begünstigen sich die beiden Parteien nicht mit diffamierenden Beschuldigungen. Es ist schrecklich, wie in der Hitze des Gefechts „Rundschau“ und DAW ganz auf die Volksgemeinschaft vergessen und nicht mehr und nicht weniger sagen, als daß die „Volksgemeinschaft“, die Verfechter der Volksgemeinschaft im Betrieb, ein Werkzeug gegen die Arbeiter ist!

Unter dem Titel „Der Wille Weber macht in der Betriebsgemeinschaft“ greift die „Rundschau“ den Schlußfolgerer Industriellen an, weil er eine eigene Gewerkschaft gründete und vorher schon eine Extragruppe bei der DAW hatte, indem die Arbeiter dieser Firma als eigene Ortsgruppe in dieser Gewerkschaft organisiert waren.

Weber blieb die Antwort nicht schuldig und pakt in einer langen Aufschrift an die „Wirtschaft“ — welche die politischen Stellen des Briefes jedoch nicht abdruckt — Tatsachen aus, welche für die DAW und die SWB wenig erfreulich sein werden.

Weber erinnert an den finanziellen Zusammenbruch der Deutschen Arbeitnehmergewerkschaft, welche infolge der Mißwirtschaft ihrer Funktionäre soweit war, daß die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen unmöglich erschien. Weber schildert nun, daß er von seinem Werkverein aufgefordert wurde, die DAW zu retten, und er sagt wörtlich:

„Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, daß ich auch versucht hatte, die SWB für die in Betrachtung befindlichen Arbeitslosen zu interessieren, da es nach meiner Ansicht die Pflicht einer Volksgemeinschaft ist, die in Not geratenen Volksgenossen einzutreten.“

So ganz allgemein völkisch-gemeinschaftlich war allerdings das Interesse Webers nicht, denn auch seine Werkvereinsmitglieder bezogen durch die DAW den Staatsschutz zur Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaft, und Weber als Gefolgsgeber wäre also in erster Reihe verpflichtet gewesen, ihnen beizustehen. Das antwortete die SWB aber nicht, sondern

„das feinerzeitige Leitungsmitglied der SWB, Kasper, erklärte, daß es nicht Aufgabe der politischen Bewegung sei, verkrachte Gewerkschaften zu unterstützen, und wies darauf hin, daß die Leitenden DAW nur das Rezept der von ihm patronisierten Gabelberger Gewerkschaft befolgen solle, um aus der Affäre herauszukommen.“

Das war, wie Weber erklärt, die Ansicht der SWB, die ihn auch nur deshalb ausgeschloffen habe, weil er keine Unterstützung über diese Haltung angeht habe.

Die DAW schämt sofort zurück und sagt über den Werkverein Webers:

„Es ist unrichtig, daß der Werkverein die gleiche Bedeutung wie eine Gewerkschaft besitzt und die Führung desselben ganz in den Händen der Arbeiter liegt. Nichtig ist vielmehr, daß der Werkverein reiflos unter dem Einfluß des Arbeitnehmers, beziehungsweise der von ihm aufgestellten leitenden Beamten steht. Dadurch sind die Arbeiter nicht in der Lage, im Werkverein ein soziales Interde abzuschaffen oder irgend Stellung gegen eventuelle Mißstände der Betriebsführung zu nehmen. Dazu braucht der Arbeiter seine berufliche Organisation in einer freien und vom Unternehmer unabhängigen Gewerkschaft.“

Was aber hat die Partei der Volksgemeinschaft getan? Hat sie die Arbeiter geküßt, die in Gefahr standen, ihre Arbeitslosenunterstützung zu verlieren? Hat sie, die mit viel Lärm die Ehepaare der Volksgemeinschaft anpreist, in diesem Fall praktische Volksgemeinschaft bewiesen, wo sie — und nicht namenlose Spender — die Kosten hätte tragen müssen? Nein, die SWB war durchaus einverstanden damit, daß die Arbeiter um ihre Notvorsorgen gebracht werden und sie sich wohl schützte, auch nur einen Helfer für diese bedürftigen Arbeiter heranzubringen. Erst in dem Augenblick, als die Volksgemeinschaft sankt war, saß Wille Weber, ermahnt das Interesse der SWB-Kreise, zwei Arbeiter-Schwärmerden sicherten sich lebenslängliche „Arbeitslosenunterstützung“ in der Gewerkschaft als leitende Funktionäre.

Diesen Zusammenhang mit der SWB weist die DAW ebenfalls zurück und sie verbannt sich mit der Rechtfertigung, daß die von Weber gerühmten so-

zialen Leistungen seines Werkvereins Einrichtungen sind,

„für die nur wieder die Arbeiter dem Werkverein Beiträge einzahlen müssen, und zwar pro Woche sechs K. Außerdem ist jeder Arbeiter verpflichtet, für zehn Prozent seines Lohnes Lebensmittel von der Einkaufsstelle des Werkvereins zu übernehmen, somit einen Zwangseinkauf nicht zum Segen der Kaufmannschaft von Schluß und Umgebung.“

Angriffe und Gegenangriffe solcher Art füllen vier Spalten der „Wirtschaft“, es ist unmöglich, sie alle zu zitieren. Alle die Wahrheiten, die das in Treffen geführt werden, waren den Beteiligten längst bekannt. Warum also jetzt erst der Streit?

Die Eifersucht der verschiedenen Organisationen innerhalb der Volksgemeinschaft ist längst kein Geheimnis mehr. Leitender DAW, Gabelberger DAW, die politische Leitung der SWB und einzelne wirtschaftlich starke Gruppen kämpfen um die Vorkherrschaft. Die „Rundschau“ will Nähe an dem Dissidenten Weber nehmen, dieser antwortet, indem er den damaligen Landesvertreter für Arbeiterfragen in der SWB, Kasper, bloßstellt, die DAW greift Weber an, obwohl sie seine Werksgemeinschaft jahrelang geduldet hat, die SWB und die DAW verlangen freie Gewerkschaften, nur weil der Mann, der ihre Volksgemeinschaft in seinem Betrieb verwirklicht hat, nicht mehr der Parteidisziplin gehorcht. Es ist ein Kampf aller gegen alle!

## Getreidemonopol und Kleinlandwirte

Aus Kreisen der im deutschen Kleinbauernverband organisierten Mitglieder wird uns geschrieben:

Der „Kleine Landwirt“ hat sich in den letzten Wochen in mehreren Artikeln mit dem Getreidemonopol beschäftigt und auf die schwersten Schäden hingewiesen, die sich aus der Praxis des Monopols für die Kleinbauern ergeben. Es erscheint notwendig, sich in der Tagespresse nochmals damit zu befassen, wie die Monopolverwaltung bei Elementar Katastrophen die Landwirte unterstützt.

Darüber geben die Daten im Jahresbericht und in der Bilanz für das letzte Monopolarjahr einen Aufschluß. In diesem mit Elementarschaden so reichlich gesegneten Jahre hat das Monopol nur in der Slowakei und in Karpathenland an die durch Elementar Katastrophen geschädigten Landwirte Saatgut zukommen lassen.

In einem Jahr, wo mindestens für 200.000 Hektar kein Saatgutereife hier war, betrug die Gesamtsumme von Saatgut, die das Monopol den Landwirten zukommen ließ, 95 Waggons, sage und schreibe fünfneunzig Waggons, mit welcher Menge im besten Falle 12.000 Hektar besät werden konnten. Im gleichen Jahre aber wurden 23.000 Waggons Weizen, 4000 Waggons Hafer und rund 15.000 Waggons Gerste (letztere zum Teil in Form von Malz) ans Ausland verkauft. Eine halbe Million Kilo war der Nachschuß, den die Bauern bekommen haben, aber 153 Millionen waren es, die das Monopol bei der Ausfuhr der oben angeführten Getreidemengen laut Bilanz den Exporteuren nachgelassen hat. Dreihundertmal so hoch wertet also die Bilanz das Interesse des Monopols am Export als an der Unterstützung jener Kleinbauern, die durch Elementar Katastrophen ins Elend kamen. Daß bei einer solchen niedrigen Bewertung der kleinbäuerlichen Interessen vor allem jene Landwirte das wenige verbilligte Saatgut bekommen, für die sich die Herren des Monopols besonders interessieren, liegt auf der Hand.

Singu kommt noch, daß man die Zahlen der Monopolbilanz mit einigem Mißtrauen betrachten muß. So wird darin angeführt, daß bei dem Export von Weizen, der ja hauptsächlich nach Deutschland gegen Kompensationen (Austausch) ging, nur ein Verlust von K 97,90 pro Zentner entstanden sei. Laut den Ausweisen des Statistischen Staatsamtes hat man aber für 11 Meterzentner ausgeführten Weizens im Durchschnitt nur K 128,71 bekommen. Wenn diese Angabe richtig wäre, so hätte der Weizen an der Grenze nicht mehr als K 160—170 kosten dürfen. Es ist bekannt, daß das Ausland nur erstklassigen Hartweizen übernommen hat, der in Prag mindestens K 180.— kostete, wovon für den Transport an die Westgrenze noch ungefähr K 4.— an Spesen kamen, was also insgesamt einen weiteren Verlust von wenigstens 50 Millionen K mit sich brachte.

Dividiert man die Gesamtmenge des an die geschädigten Landwirte gelieferten Saatgutes durch den angeblichen hierbei gewährten Nachschuß, so stellt sich heraus, daß der Landwirt pro Zentner einen Nachschuß von K 64.— bekommen hat. Geringer erhielten die Exporteure K 30.— in Form des Einfuhrschweines und einen weiteren Monopolschlag von K 60.— per Meterzentner, also um fast ein Drittel mehr, als die geschädigten Landwirte bekommen.

Rechnen wir aber einmal diesen angeblichen Nachschuß zu dem ermäßigten Preis hinzu, den die geschädigten Bauern laut Monopolbilanz bezahlen mußten, so stellt sich heraus, daß sie, wenn sie den vollen Preis bezahlt hätten, für Weizen K 234.—

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften des Niederlandes zählen sich seit Jahren zu den heftigsten Gegnern Wills Webers und seines Systems. Seit vielen Jahren steht Weber auch an der Spitze des Kampfes gegen die sozialistische Arbeiterchaft und ihre Gewerkschaften, und diesem Kampf widmete er sogar eine eigene Zeitschrift. Keiner SWB, keiner völkischen Gewerkschaft fiel es in diesen Jahren ein, offen gegen Weber und für eine freie Gewerkschaftsbewegung in den Weberbetrieben einzutreten. Wenn sie jetzt, im Jänner 1938, ihre Dera für die Unabhängigkeit der Weber-Arbeiter entbenden, so stellen wir fest:

1. Wille Weber wurde Mitglied der SWB und sogar ihr Landesvertreter, obwohl seine Werkorganisation bestand, obwohl er „seine Extragruppe bei der DAW“ hatte und obwohl er „einige Jahre neuzugewählter sozialer Entwicklung verschlafen“ hat.

2. Der Landesführer für die Arbeiter in der SWB, Kasper, konnte die Dife für die arbeitslosen Mitglieder der völkischen Gewerkschaften ablehnen und als Rezept den Einandwurf dieser Arbeiterlosen vorschreiben, die solcherart um ihre Unterstützung kommen mußten; die SWB hat diese eindeutig unsoziale Methode gebilligt.

3. Die zur Volksgemeinschaft gehörende Deutsche Arbeitnehmergewerkschaft hat jahrelang das unsoziale System der Weberischen Betriebsorganisation geduldet; empört ist sie erst jetzt, wo Weber die Bindungen zwischen ihr und seiner Volksgemeinschaft vollständig zerriß.

Sie a I I e sollen die Arbeiter aus dem Spiel lassen! Sie a I I e haben das Recht verloren, von der Freiheit der Arbeiterchaft und ihrer Gewerkschaftsorganisationen zu reden! Sie a I I e haben sich geeinigt, solange ihre Positionen nicht bedroht waren, und kein Werkverein, kein Zwang zum Lebensmitteleinkauf, kein Klaus an den Arbeitslosen konnte sie verbinden! Ernst wird es ihnen erst jetzt, wo es um die Leitung der Arbeiterchaft geht. Für die Freiheit der Arbeiter haben stets nur die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften gekämpft — diejenigen, die unter der Fahne der „Volksgemeinschaft“ gingen, haben daran gedacht, wer von ihnen die Herrschaft über die Arbeiter erringen würde!

Gerste K 184.—, Hafer K 174.— hätten zahlen müssen. Bedenken wir nun, daß demgegenüber der Bauer im Osten der Republik nicht mehr als K 150.— für den allerbesten Weizen, K 115.— für Gerste und K 105.— für Hafer bei dem Verkauf an das Monopol erhält, so ergeben sich hier unerhörte Differenzen zugunsten des Monopols. Vergleichen wir ferner diese Verkaufspreise des Landwirtes mit den Preisen des zugekauften Notstandsgetreides, dann sehen wir, daß er für Weizen K 20.—, für Gerste K 5.— und für Hafer ebenfalls K 5.— bei dem zugeteilten Notstandsgetreide mehr zahlen mußte als die Landwirte im Osten der Republik vom Monopol erhalten. Selbstverständlich war das zugeteilte Getreide folches, das auch im Osten auf gekauft wurde. Und sollte selbst das Monopol nur erstklassiges, veredeltes Saatgut verteilen haben, so ist auch in diesem Falle ein derartiger Preis völlig ungerechtfertigt. So sieht also der Nutzen aus, den die Monopolpraxis des Herrn Dr. Heierabend für die Klein- und Mittelbauern mit sich bringt, ein Nutzen, der ungefähr fünfhundertmal so klein ist, wie das Interesse an den Exportgewinnen. In Wirklichkeit hat das Getreidemonopol den in Notstand geratenen Landwirten überhaupt keinen Nachschuß gewährt.

Dieser Auffassung entspricht auch ein merkwürdiger Umstand der Bilanz. Wenn das Monopol den angeblichen Nachschuß aus eigenen Mitteln gewährt hat, so wäre dies ein Verlust von einer halben Million, der in der Bilanz erscheinen müßte. Es ist aber höchst unerklärlich, daß das im Textteil so stolz hervorgehobene Opfer von einer halben Million K in den Ziffern der Bilanz überhaupt nicht vorkommt!

## Hašek und die Gajda-Opportunisten

Wenn Jaroslav Hašek das hätte mitansehen können!

Aber vielleicht hat er vom Olymp niedergeschaut und sich getreut an der Haschade auf der Slawischen Insel, an einer Parallelität von Versammlungen, die zu schildern er besonders befähigt gewesen wäre.

Auf der Slawischen Insel fand am Freitag eine Erinnerungsfeier aus Anlaß des fünfzehnten Todestages des Autors des „Braven Soldaten Schwejt“ statt. Veranstalter waren die überlebenden Mitglieder der von Hašek gegründeten und zu großer Verühmtheit gelangten „Revolutionären Partei des mächtigen Fortschrittes im Rahmen der Gejeje“, welche Partei immerhin ein paar hundert verständnisvolle Anhänger gefunden hatte. Anhänger, die sich zu dem tschechischen Eulenspiegel bekannten und an dem Kritiker, Humoristen und Satiriker ihre Freude hatten. Es war eine ernst-heitere Erinnerungsfeier, an der Jaroslav Hašek vermutlich viel gefallen gefunden hätte.

Ja, er hätte an dieser Veranstaltung seine ganz besondere Freude gehabt, aus einem ganz besonderen Grunde! Zur gleichen Zeit fand nämlich im selben Gebäude die „gründende Versammlung der Opposition der tschechischen Partei“ statt. Aber während zur Haschade, die im kleinen Saal stattfinden sollte, mehrere hundert Leute gekommen waren, hatten sich zur „Gründungsversammlung“, für die der große Saal vorgezogen war, nur wenige Besucher eingefunden. War es nicht naheliegend, die Räume zu



Wie der aufgegangen ist!

Wer hätte gedacht, daß aus so wenig Mehl so viel Kuchenteig wird! So entsteht auch aus einem bißchen Karo-Francke eine Unmenge Geschmack, Aroma und Farbe im Kaffee

Karo-Franck Kaffeezusatz wird mehr im Kochtopf!

## Gerichtssaal

### Tödliche Zahnbehandlung

Prag. — Die Zahnärztin Marie C. war vor dem Straßengericht des O. Dr. A. A. A. anklagt des Verstoßes gegen die Sicherheit des Lebens. Zu der Angeklagten, die ihre Ordination in A. hat, kam am 30. August v. J. eine Frau Pauline Robotnik, um sich einen Zahn ziehen zu lassen. An Beleitung der Patientin befand sich deren dreizehnjähriges Töchterchen Karolava, das gleichfalls die Hilfe der Zahnärztin in Anspruch nehmen sollte, wobei es sich freilich nur um die Säuberung der Zähne vom Zahnstein handelte. Um die Kleine nicht zu verärgern, ließ sie ihre Mutter vor dem Hause der Zahnärztin warten. Wiederholt äußerte sich Frau Robotnik, daß das Ausziehen des kranken Zahnes ganz schmerzlos vor sich annehmen sei. Am Tage nach diesem Eingriff begann sich indessen eine innere Entzündung zu entwickeln, die immer mehr um sich griff. Die zu Rate gezogenen Ärzte erkannten nicht den wahren Sachverhalt und verordneten schmerzstillende Mittel und Mittel zum Gurglein. Der Zustand der Kranken verschlechterte sich rapid und schließlich mußte sie ins Spital überführt werden, wo man eine bereits zu einem lebensgefährlichen Stadium vorgeschrittene Blutvergiftung, hervorgerufen durch unhygienisch vorgenommene zahnrärztliche Eingriffe feststellte. Zwei Tage später starb die Patientin. Der Sektionsbefund ergab eine schwere Infektion, verursacht durch den Eiter der kleinen, durch die Zahnbehandlung verursachten Stiefwunde, die zu einer allgemeinen Vergiftung führte und den Tod herbeiführte. Als unmittelbare Todesursache erscheint eine Brustfellentzündung schwerer Art, gegen die die ärztliche Kunst von vornherein ohnmächtig war.

Gegen die Angeklagte wurde die Anklage erhoben, wobei festgestellt wurde, daß die Reinigung der Zahnärzte mehrfach gegen die Anklage Anklage wegen Heberheerung der beruflichen Befugnisse eines Zahnarztes eingetracht hatte, was auch zu deren Verurteilung zu einer Geldbuße geführt hat. Was die vorliegende Anklage betrifft, so leugnete die Angeklagte, die Verstorbenen behandelt zu haben, doch wurde ihre Verteidigung durch mehrere Namen widerlegt. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung der angeklagten Zahnärztin zu drei Monaten Arrestes, bedingt auf drei Jahre. Wie bekannt, sind operative Eingriffe bei Zahnbehandlungen diplomierten Zahnärzten vorbehalten.

Die Veranstalter verständigten sich unklar — und so waren denn im großen Saal etliche hundert Hašek-Freunde beisammen, um des verstorbenen Dichters und Satirikers zu gedenken, und die wenigen Anhänger der ultra-integral-nationalen Gajda-Opportunisten lauschten im kleinen Saal den Donnerworten eines Nebenreders, den Hašek so gut vorausgesehen und durch den Mund seines Schwejt so oft liebreich besprochen hat.

Aber diese Rede des tschechischen Faschisten, dem Gajda viel zu wenig national ist, diese Rede hätte Hašek hören müssen! Auch an ihr hätte er seine Freude gehabt. Denn der Mann schrie in den Saal, daß die faschistische Opposition sich von Gajda trennen müsse, weil er die Bewegung — an die Juden verkauft habe!

Gibt es doch so etwas wie eine ausgleichende Gerechtigkeit auch in der Politik? Der Faschistenführer Gajda, mit dessen Konkurs derzeit das Prager Zivilgericht befaßt ist, muß nun an sich selber erfahren, daß demagogische Phrasen ein zweischneidiges Schwert sein können. Was nügen dem „General“ die aus dem Goebbels-Arsenal bezogenen Waffen für seine antisemitischen Kreuzzüge, wenn ihn nun seine Getreuen selber des Verrates seiner Sache an die Juden bezichtigen?

Die Tschechen haben mehr Humor als die Deutschen, sie werden also das Ereignis richtig zu würdigen wissen. Sie wissen ja auch den Faschismus richtig zu würdigen. Es hat ihnen gut getan, daß sie einmal einen Hašek gehabt haben.

Hochleistungs-Drehbänke, Fräsmaschinen, Radialbohrmaschinen, Fohrwerke, Shaping- u. Hobelmaschinen, Spannlutter

In modernster Ausführung erzeugt: Werkzeugmaschinenfabrik

**Arno Plauert**

Warnsdorf, CSR.



